

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— Mk., bei Selbstabholung 7.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 24.— Mk., für einen Monat 8.— Mk. — Preis der Einzelnummer 40 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 10/21 — Telefon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2.50 Mk., bei Platzvorschrift 3.— Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mk. Reklame-Kolonelle 10.— Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Nachnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Unmöglichkeit weiterer Zahlungen.

Eine Note um Zahlungsausschub.

Der Reichskanzler hat an den Präsidenten der Reparationskommission in Paris nachstehendes Schreiben gerichtet:

Herr Präsident! Wie ich der Reparationskommission bei ihrer letzten Anwesenheit in Berlin erklärt habe, ist die deutsche Regierung auf das ernsthafte Bemühen gewesen, die beiden nach dem Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 bevorstehenden Zahlungen zu sichern. Da dies nur mit Hilfe einer im Auslande aufzunehmenden Anleihe gelingen konnte und hierbei eine wesentliche Mitwirkung der englischen Finanzwelt unerlässlich war, hat die deutsche Regierung in England wegen einer solchen Anleihe verhandelt. Von maßgebender Seite ist ihr jedoch erwidert worden, daß unter der Herrschaft der Bedingungen welche zur Zeit für die Zahlungsverpflichtungen der deutschen Regierung gegenüber der Reparationskommission während der nächsten Jahre maßgebend seien, eine solche Anleihe in England nicht zu erlangen sei, und zwar weder als langfristige Anleihe, noch als kurzfristiger Bankkredit.

Unter diesen Umständen kann die deutsche Regierung nicht mehr damit rechnen, daß es ihr gelingen wird, diejenigen Beträge in voller Höhe zu beschaffen, die nötig wären, um die am 15. Januar und 15. Februar fälligen Raten zu bezahlen. Selbst bei allen Anstrengungen und unter Nichtachtung ihrer budgetären Lage würde die deutsche Regierung für diese Termine außer dem Werte der Sachleistungen und der Guthabensreste aus dem Recovery Act nicht mehr als 150 bis 200 Millionen Goldmark aufbringen können.

Die deutsche Regierung sieht sich daher genötigt, bei der Reparationskommission für den nicht gezahlten Nettbetrag der Raten vom 15. Januar und 15. Februar einen Zahlungsausschub zu beantragen. Sie beschränkt sich zunächst auf diesen Antrag, obwohl sie sich bemüht ist, daß sie bei den nächstfolgenden Raten gleichfalls mit Schwierigkeiten zu rechnen haben wird.

Von besonderer amtlicher Seite wird dazu noch gemeldet, daß in den verschiedenen Verhandlungen, die von Seiten der Reichsregierung mit der Reparationskommission geführt worden sind, immer wieder darauf hingewiesen worden ist, daß Deutschland die Weltgeldmärkte um Kredit angehen sollte. Es sind daraufhin offizielle und inoffizielle Schritte unternommen worden, und zwar vorläufig in London. Als Vermittler dabei diente der Präsident der Deutschen Reichsbank Japenstein, der sich mit der englischen Sachfinanz in Verbindung setzte. Die Antwort, die von englischer Seite erteilt worden ist, ist wörtlich in die Note aufgenommen worden in dem Absatz, der beginnt: „Von maßgebender Seite . . .“

Durch diese Antwort ist festgestellt worden, daß unter den Bedingungen des Londoner Ultimatus weder ein langfristiger noch ein kurzfristiger Kredit auf dem Weltmarkt von Deutschland erlangbar ist. Dadurch ergibt sich eine höchst bedauerliche Situation: Bisher hat die Welt sich unsere Bemühungen verschlossen. Es ist dies das erste Mal, daß das deutsche Reparationsproblem in die Zusammenhänge der Weltwirtschaft geführt worden ist. Der negative Sinn der uns aus London erteilten Antwort ist der, daß unter der Herrschaft der Londoner Bedingungen Deutschland nicht für kreditwürdig gehalten wird.

Die selbstverständliche Folgerung davon ist, daß das Ultimatum von London aufgehoben werden muß.

Es kommt nun darauf an, daß das Reparationsproblem nicht aus der Diskussion der Welt verschwindet. In dem Verlaufe der seit Abschluß des Londoner Ultimatus dahingezogenen acht Monate hat man eingesehen, daß die deutschen Zahlungen nicht ein deutsches, sondern ein europäisches und damit ein Weltwirtschaftsproblem darstellen. Als Träger dieser Erkenntnis treten die Vertreter der englischen Hochfinanz vor uns hin.

Seit dem 10. Mai ist die Lage eine andere geworden. Die englische Regierung hat infolge der politischen Vorgänge der letzten Zeit jetzt die Mäßigkeit, aus den Sorgen, die die allgemeine Arbeitslosigkeit hier und der ganzen Welt machen, sich den Folgen des Reparationsproblems zuzuwenden.

So ist die Frage zum ersten Male von der Gegenseite aufgenommen und durch die deutsche Note, die nicht bloß ein Stundungsbegehren darstellt, vielmehr in ihrem Schlusse das Problem in seiner ganzen Tragweite zeigt, akut geworden.

Der Eindruck in Paris.

Berlin, 16. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Über den Eindruck der deutschen Reparationsnote in Paris berichtet das Berliner Tageblatt: Die Abendblätter melden, daß die deutsche Regierung der Reparationskommission heute mitgeteilt habe, sie sei außerstande, die Zahlungen am 15. Januar und 15. Februar zu leisten, und aus diesem Grunde um einen Ausschub bitte. Diese Meldung wirkt auf das große Publikum überraschend, weil die Mittagsblätter wenigstens die Januarzahlung als gesichert erscheinen ließen. Die einzige Zeitung, die einen Kommentar dazu bringt, ist der „Zukunftsaufbau“, der die deutsche Mitteilung als eine List bezeichnet, die Frankreich sich nicht gefallen lassen dürfe. Weil Deutschland gehört habe, daß Bouché einen Anleiheplan prüfe und hoffe, daß bei der Besprechung zwischen Briand und Lloyd George vielleicht eine Erleichterung für die Zahlungen sich ergeben könnte, wolle es versuchen, zunächst einmal überhaupt nicht zu zahlen. Dieser neue Versuch Deutschlands, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, gelte wieder

einmal den deutschen Mangel an ökonomischem Verständnis. Frankreich sei entschlossen, den Schuldner zur Zahlung zu zwingen, und England werde nach dieser Haltung des Deutschen Reiches seinem Bundesgenossen zur Seite stehen. Aus einem Leitartikel des Temps, der sich mit der bevorstehenden Konferenz in London beschäftigt, geht jedoch hervor, daß der französischen Regierung die Mitteilung der deutschen Regierung an die Reparationskommission nicht ganz unerwartet gekommen sei. Es heißt dort: Wir haben auch an dieser Stelle wiederholt darauf hingewiesen, daß nach der Auffassung gut unterrichteter französischer und englischer Persönlichkeiten die Haltung der Reparationskommission am 1. Dezember eine deutsche Erklärung provozieren sollte. Wahrscheinlich ist im übrigen der Inhalt der deutschen Note unvollständig wiedergegeben. Aus den Bemerkungen des Temps geht hervor, daß die französische Meinung ihre Haltung von dem Entgegenkommen Englands gegen Frankreich abhängig machen will.

Die Freiheit zur Gestandensnote.

Berlin, 16. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Zu der Reparationsnote der deutschen Regierung schreibt die Freiheit: „Daß die Reparationsfrage jetzt aufgerollt und künstlich von andern Gesichtspunkten als bisher behandelt werden wird, ist eine Folge der auswärtigen Politik, die von unserer Partei stets befürwortet worden ist. Die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft und die Wiederherstellung der deutschen Zahlungsfähigkeit ist keine Frage, die uns allein angeht, sondern eine Frage, die die Interessen der ganzen Welt aufs engste berührt. Wir erinnern gerade bei dieser Gelegenheit daran, daß die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien, der auch die Unabhängige Partei Deutschlands angeschlossen ist, die Wiedergutmachungsfrage ganz in diesem Sinne behandelt und einen bestimmten Plan dafür aufgestellt hat. Auch der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam war nach Kräften bemüht, die internationale Gesinnung dahin zu beeinflussen, daß man die Reparationen nicht als deutsches, sondern als Weltproblem behandelte, das nur durch die gemeinschaftliche Arbeit aller Völker gelöst werden könne. Und schließlich hat auch die englische Arbeiterpartei dafür gesorgt, daß die Auffassungen in England über die Wiedergutmachung sich gründlich ändern.“

Unabhängig von dem, was die nächsten Wochen bringen werden, was insbesondere aus den Beratungen zwischen Lloyd George und Briand hervorgehen wird, hat aber die deutsche Regierung heute die Pflicht, das äußerste zur Wiederherstellung des Gleichgewichts in den Staatsfinanzen zu tun. Sie muß wissen, daß Deutschland nur dann Verständnis für seine wirtschaftlichen Räte findet, wenn es zeigt, daß es bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit seine innerpolitischen Pflichten zu erfüllen gewillt ist. Dazu gehört, daß endlich die Kapitalistenkreise in der Industrie wie im Handel und in der Landwirtschaft gezwungen werden, ihren Steuerpflichtigkeiten im vollen Umfange nachzukommen. Es ist jetzt nicht mehr viel Zeit zu verlieren.“

Tagung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft.

Frankfurt a. M., 16. Dezember. (U.) Am Sonnabend tritt hier die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien (Wiener Arbeitsgemeinschaft), die bereits im Juli sich in Frankfurt zusammengefunden hatte, wieder zusammen. Zu dieser Tagung treffen u. a. Longuet (Frankreich), Wallhet (England), Grimm (Schweiz), Dr. Adler (Wien), sowie Crispian und Ledebour aus Berlin ein. Besonderes Interesse dürfte auch die Ankunft des italienischen Sozialistenführers Serrati beanspruchen. Neben anderen wichtigen Fragen soll auch das Reparationsproblem behandelt werden. — Am Sonntagvormittag findet eine große Massenkundgebung in der Festhalle statt.

Russisch-französische Verhandlungen über Rußlands Schulden.

Berlin, 16. Dezember. Wie die „Tolunion“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, haben in jüngster Zeit in Genf Verhandlungen zwischen Sowjetrußland und der französischen Regierung stattgefunden, die folgende Grundlage hatten: a) Rußland erkennt die Vorkriegsschulden an Frankreich an. Frankreich erklärt sich demgegenüber bereit, auf die Bezahlung der während des Krieges aufgenommenen Schulden zu verzichten. b) Frankreich erkennt die Sowjetregierung und Republik an. Rußland erklärt sich demgegenüber bereit, dem Versailler Vertrag als Signatarmacht beizutreten.

Gegen die nationalisistische Hege in Frankreich.

Ein offener Brief an André Lefèvre.

Im Populaire, dem Zentralorgan unserer französischen Bruderpartei, richtet Genosse Grumbach nachstehenden offenen Brief gegen den Führer der nationalisistischen Mehrheit in der französischen Kammer, gegen André Lefèvre. Grumbach befand sich unter den Teilnehmern, der Partei- und Gewerkschaftsführer, die vor wenigen Tagen eine Instruktionsreise durch Deutschland unternahmen. Sie besuchten einen Teil der Unternehmungen, die der einseitigen Waffenfabrikation dienen und haben sich im besonderen über den gegenwärtigen Stand der Deutschen Werke informiert. Grumbach ist demzufolge über den Stand der Abrüstungsfrage in Deutschland eingehend unterrichtet, er wendet sich daher mit aller Entschiedenheit gegen den Entzweiungsstachel, den André Lefèvre durch seine Kammerrede in den nationalisistischen Kreisen Frankreichs entfachte.

Der Brief Grumbachs zeigt zugleich, daß in Frankreich weite Kreise vorhanden sind, die sich der nationalisistischen Hege gegen Deutschland entgegenstellen. Vor allem die Arbeiterparteien haben damit nicht das mindeste gemein, sondern nehmen dagegen entschiedenste Stellung ein. Die deutschen nationalisistischen Zeitungen betonen immer wieder, daß das französische Volk einmütig die nationalisistischen Hegeereien billige. Durch den nachfolgenden Brief wird dokumentarisch erwiesen, daß der Kampf gegen die nationalisistische Verheerung der Völker heute ebenso wie früher Schulter an Schulter von den Arbeiterparteien aller Länder geführt wird. Wir empfehlen insbesondere dem Leipziger Organ der deutschen Nationalisten, der Germania, diesen Brief Lefèvres zu eingehendem Studium. Der Abdruck des Briefes erfolgt mit unwesentlichen Kürzungen.

Herr Abgeordneter!

Sie haben in der Kammer eine Rede gehalten über die gegenwärtigen Kämpfe Deutschlands. Sie haben Tatsachen aufgezählt, die man Ihnen mitgeteilt hat, ohne daß Sie in der Lage gewesen wären, ihre Richtigkeit an Ort und Stelle nachzuprüfen. Sie haben besonders — und ich verstehe es, die Entscheidung, die man jüngst in Heidenau machte, hervorgehoben.

Als Sie Ihre Rede hielten, kam ich gerade aus Berlin zurück, wo ich mich bemüht habe, in dieser großen Angelegenheit der Entwarnung Klar zu sehen. Ich habe Ihre Rede also nicht gehört. Aber ich habe sie sehr aufmerksam gelesen. Und während ich sie las, erinnerte ich mich all dessen, was ich im Laufe von zwei Wochen in Berlin sehen, hören und feststellen konnte. Ich verstehe, daß Sie tief bewegt waren. Wir haben, die paar Freunde und ich, diese innere Bewegung selber gefühlt, als wir während unseres Aufenthalts in Deutschland die in Heidenau gemachte Entscheidung und die Umstände, die sie umgaben, erfuhr.

Nichtdobebloweniger glaube ich, daß Ihre Schlussfolgerungen irrig sind, soweit diese Schlussfolgerungen versuchen das Verbrechen zu zerstören, das man heute in die deutsche Arbeiterklasse haben kann.

Die deutschen Werke.

Ich bitte Sie zu glauben, Herr Abgeordneter, daß wir, die paar Freunde und ich, die die deutschen Werke beschäftigt haben, entschlossen waren, uns nicht irreführen zu lassen, weder durch eigene Vorurteile, noch durch Illusionen, noch durch Angaben, deren Richtigkeit zu prüfen wir nicht imstande waren. Ich gestehe Ihnen sogar, daß ich im Laufe der langen und sehr interessanten Besichtigung der riesigen Spandauer Werke, ich stark empfunden habe, daß meine technische Inkompetenz mich wahrscheinlich hinderte, sowohl die Tragweite der Zerstörung von Maschinen und Gebäuden, die wir intakt sahen und die, soweit wir es zu beurteilen vermochten, gegenwärtig ausschließlich der Fabrikation von Friedensprodukten, landwirtschaftlichen Maschinen, Betten usw. gewidmet sind.

Was ich als wichtig bei diesem Besuch erachtete, war die ungeheure Möglichkeit, uns mit den Arbeitern, mit den Betriebsräten zu unterhalten. Deren Geisteszustand hat sich in folgenden Sätzen ausgedrückt, die ich oft hörte und die in einem Ton ausgesprochen wurden, der jeden Zweifel an ihrer Ehrlichkeit ausschloß: Wir haben selbst allzu sehr unter der Rückständigkeit des alten Deutschland gelitten, um die vollständige Entwaffnung etwa nicht zu wollen und zwar aus vollster Vernunft und vollstem Herzen. Wir wollen in dieser Hinsicht alles, was wir können. Die großen Maschinen, die zur Kriegsproduktion dienen, wir haben sie zerstört, nicht nur weil der Versailler Vertrag uns dazu zwingt, sondern weil wir ihre Zerstörung als selbstverständlich, als in unserem eigenen Interesse notwendig erkannten.

Die Garantie für die Entwaffnung.

Sie haben, nachdem Sie von der Heidenauer Affäre gesprochen hatten, an die Sozialistischen Abgeordneten die Frage gerichtet: „Sagen Sie mir doch, wo ist eure Garantie für die Entwaffnung Deutschlands?“

Ich erlaube mir, Ihnen zu antworten: Nicht in der Zerstörung von Maschinen und Gebäuden. Die Zerstörungen können in gewissen Fällen gerechtfertigt sein, aber sie würden niemals genügen, um jede Gefahr auszuschalten. Die wahre Garantie kann nur eine moralische Garantie sein, die endgültige Abschaffung der Monarchie, der Bauernmilitien, vor allem Einfluß, — die Konsolidierung einer demokratischen deutschen Republik, deren Basis durch die Kraft und den Friedenswillen der organisierten Arbeiterklasse gebildet würde. Die wahre, ja die einzige unmittelbar wirksame Garantie, wäre jene, die das deutsche Proletariat — dessen verschiedene gewerkschaftlichen Organisationen heute etwa zwölf Millionen disziplinierter Mitglieder umfassen —